

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is displayed in white lowercase letters on a blue rectangular background.

Die bayerische Wirtschaft

Für einen wettbewerbsfähigen Standort

Agenda 2020

Für einen wettbewerbsfähigen Standort

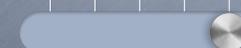
Agenda 2020 Check

Stand im Jahr

2016



Infrastruktur



Arbeit und Soziale Sicherung



Steuern



Bildung



Innovationen



Flüchtlingsintegration

Mit dem Agenda 2020 Check überprüfen wir jährlich die Umsetzung der vbw Forderungen.

www.vbw-agenda.de

Inhaltsverzeichnis

01	Agenda 2020	6
02	Infrastruktur	9
02.1	Verkehr	10
02.2	Energie	12
02.3	Kommunikationsinfrastruktur	14
03	Arbeit und Soziale Sicherung	16
04	Steuern	20
05	Bildung	23
06	Innovationen	26
07	Flüchtlingsintegration	29
	Ansprechpartner	33
	Impressum	33

Unsere Agenda für Wettbewerbsfähigkeit

In unserer Agenda 2020 haben wir im September 2013 auf den Punkt gebracht, was die Politik in den nächsten Jahren tun muss, um die Wettbewerbsfähigkeit von Bayern und Deutschland zu erhalten und weiter auszubauen. Ziel ist es, Beschäftigung und Wohlstand zu mehren.

Dazu haben wir fünf Kernbereiche definiert, die für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind, und beschrieben, welche Maßnahmen hierfür erforderlich sind.

Im Herbst 2013 wurde in Bayern und Deutschland gewählt. Nach rund zweieinhalb Jahren zeigt die Zwischenbilanz, dass auf Bundesebene der Trend in die falsche Richtung geht.

Bei der Infrastruktur ist das Bild durchwachsen. Wir sehen in allen Bereichen gute Ansätze: zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur und die Digitalisierung, und bei der Energie Verbesserungen durch die EEG-Novelle. Der Anstieg der Stromkosten ist aber nicht gebremst, der Infrastrukturausbau muss noch deutlich mehr Fahrt aufnehmen und klar sichtbare Fortschritte zeigen. Gerade bei der Infrastruktur ist Stillstand Rückschritt. Der Staat muss Vertrauen in das Bestehen einer langfristigen, belastbaren Strategie zurückgewinnen.

Im Bereich Arbeit und Soziales fällt die Beurteilung leider leicht: Der Mindestlohn und die Rente mit 63 verringern unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die negativen Folgen für den Arbeitsmarkt sind bei der Rente mit 63 bereits deutlich sichtbar, vor allem in technischen Berufen. Beim Mindestlohn zeigen sich deutliche Auswirkungen beim Rückgang der Minijobs. Alle Gesetzgebungsvorhaben im Arbeitsrecht haben zu einem drastischen zusätzlichen Bürokratieaufwand geführt, der die Unternehmen stark belastet.

Zunehmend kritisch ist das Thema Steuern. Gut ist nach wie vor, dass keine Substanzbesteuerung eingeführt wurde, die unsere Wirtschaft massiv beeinträchtigt hätte. Gleichzeitig werden die bestehenden Probleme nicht angepackt, etwa die längst überfällige Vereinfachung des Steuersystems oder die Abschaffung der kalten Progression. Bei der Reform der Erbschaftsteuer besteht ganz aktuell die Gefahr, dass unsere gewachsene Unternehmenslandschaft ohne Not zerstört wird.

Bei der Bildung ist die Lage unverändert, wenngleich auf gutem Ausgangsniveau. Hier wird es darauf ankommen, das bestehende System weiter zu optimieren, insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung, und gleichzeitig mit flankierenden Maßnahmen die Abbrecherquoten deutlich zu senken.

Auch im Bereich der Innovationen – seit jeher ein Schlüsselfeld für unseren wirtschaftlichen Erfolg – stehen wir noch auf dem Startblock. Unsere Unternehmen haben innovative Ideen, brauchen aber für die Entwicklung und Umsetzung das richtige Umfeld. Mit den Empfehlungen des im Frühjahr 2014 gegründeten Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft haben wir aufgezeigt, mit welchen konkreten Maßnahmen Innovationen in mehr Wertschöpfung am Standort umgesetzt werden können. Das gilt es nun gemeinsam mit der Staatsregierung anzupacken.

Als neue Herausforderung ist der Flüchtlingszustrom hinzugetreten, dessen wahre Dimension sich erst seit dem Frühjahr 2015 abgezeichnet hat. Der Staat steht in der Verantwortung, die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Ihm obliegt es, den Zuzug auf ein erträgliches Maß zu begrenzen und die Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarktintegration zu schaffen. Die Wirtschaft wird dann ihren Beitrag leisten, um so viele Menschen mit hoher Bleibeperspektive wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Insgesamt sind wir dem Zielzustand der Agenda 2020 noch nicht nähergekommen. Es scheint, als würde die aktuell gute wirtschaftliche Lage den Blick dafür trüben, dass heute die Grundlagen für den Erfolg von morgen geschaffen werden müssen. Die Attraktivität unseres Standorts ist keine Grundkonstante und die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen keine Selbstverständlichkeit. Beides ist auf die richtigen Rahmenbedingungen angewiesen. Wir müssen die Weichen heute richtig stellen, damit 2020 die Wettbewerbsfähigkeit gesichert ist und im AgendaCheck des Jahres 2020 alle Regler auf grün stehen können.

München, 17. März 2016


Alfred Gaffal
Präsident


Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

01

Agenda 2020



Deutschlands Wirtschaft ist stark und Bayern ist Wirtschaftsstandort Nummer eins in Deutschland. Anders als die meisten Industriestaaten konnte unsere Volkswirtschaft ihre Weltmarktanteile bei Forschung und Entwicklung, bei Produktion und Export halten, trotz des rasanten Wachstums der Schwellenländer. Unsere Produkte sind auf den Weltmärkten gefragt. Die Exportrekorde der letzten Jahre zeigen dies sehr deutlich.

Agenda 2020

Für einen wettbewerbsfähigen Standort

Die Unternehmen in Bayern und Deutschland haben sich ihre Wettbewerbsfähigkeit hart erarbeitet:

- Sie bauen ihre Präsenz auf den Weltmärkten konsequent aus und erschließen die dynamisch wachsenden Emerging Markets.
- Sie stellen ihre Wertschöpfungsketten global auf und nutzen die internationale Arbeitsteilung.
- Sie sind kundenorientiert und bieten Lösungen für komplexe Problemstellungen.
- Sie verbinden mit der hybriden Wertschöpfung Industrieprodukt und Dienstleistung.
- Sie investieren in Forschung und Entwicklung und stärken ihre Innovationskraft.

Das Ergebnis sind leistungsfähige und qualitativ hochwertige Produkte, die in gleichem Maße besser wie teuer sind. Wir müssen aber auch die Kosten so im Griff halten, dass einfachere Produkte in Deutschland und Bayern wettbewerbsfähig hergestellt werden können.

Unsere Unternehmen profitieren von guten Standortbedingungen: Bayern hat heute eine gute Infrastruktur, qualifizierte Beschäftigte, ein positives Innovationsumfeld und einen flexiblen Arbeitsmarkt.

Unser größter Standortnachteil sind die Kosten. Neben den Energiekosten und der Steuer- und Abgabenlast sind es vor allem die industriellen Arbeitskosten. Hier liegt Westdeutschland mit 40 Euro pro Stunde weltweit an der Spitze. Um konkurrieren zu können, müssen wir auch in Zukunft so viel besser sein, wie wir teurer sind. Tatsächlich ist die Wettbewerbsfähigkeit, gemessen an den Lohnstückkosten, seit 2007 gegenüber anderen Industriestaaten aber in bedenklichem Maß gesunken.

Die Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bleiben daher Daueraufgaben: Wir brauchen eine noch höhere Effizienz, eine noch stärkere Rationalisierung, noch intelligentere Innovationen und noch mehr Investitionen, um die Zukunft zu gestalten. Die Konkurrenzsituation für unsere Unternehmen und unseren Standort verschärft sich: Die Schwellenländer drängen verstärkt in die Märkte, auch wenn das Wachstum etwa in China sich zuletzt deutlich verlangsamt hat. Andere Handelspartner verzeichnen starke Einbrüche, beispielsweise die Russische Föderation. Die Reindustrialisierung in den USA und anderen westeuropäischen Staaten bringt zusätzlichen Wettbewerb. Dazu kommen Probleme im eigenen Land, beispielsweise der drohende Fachkräftemangel, eine alternde Verkehrsinfrastruktur und die Herausforderungen der Energiewende.

Neben den bestehenden Herausforderungen hat zuletzt der Flüchtlingszu-
strom nach Deutschland mit rund 1,1 Millionen Menschen im Jahr 2015 –
rund viermal so viele wie noch 2014 – eine ganz neue Dimension angenom-
men. Die bislang fehlende europäische Solidarität verschärft die Situation
für unseren Standort.

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts zu erhalten und weiter auszu-
bauen, erfordert einen festen wirtschafts- und sozialverträglichen Rahmen.
Ihn setzt die Soziale Marktwirtschaft, im Jahr 2003 ergänzt durch die Agen-
da 2010. Ergebnis waren bessere Rahmenbedingungen für mehr Wachstum
und mehr Beschäftigung sowie Reformen des Sozialstaats. Die Agenda
2010 wurde zur Triebfeder für Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland
und Bayern. Das zeigt: Die Reformen der Agenda 2010 waren richtig. Leider
dreht sie die Große Koalition in vielen Punkten zurück. Der gesetzliche Min-
destlohn, die Rente mit 63 oder mögliche weitere Einschränkungen bei der
Zeitarbeit sind Maßnahmen, die Erfolg und Wohlstand unseres Landes aufs
Spiel setzen. Die Weichen dürfen nicht zurück, sie müssen nach vorn ge-
stellt werden: Wir brauchen diese Agenda 2020, die den Weg der Agenda
2010 fortsetzt, zum Wohl der Menschen in Bayern und Deutschland.

Bis 2020 müssen Infrastruktur, Arbeit und Soziale Sicherung, Steuern, Bil-
dung und Innovation die Schwerpunkte des politischen Handelns sein. Das
sind die zentralen Felder für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und
Beschäftigung in den kommenden Jahren. Die Flüchtlingsfrage muss gelöst
werden, ohne diese Ziele zu vernachlässigen. Unsere Agenda 2020 dient
insoweit als Richtschnur für alle politischen Entscheidungen.

Positionen



- 01 Industrielle Wertschöpfung für Deutschland und Bayern
- 02 Standort Bayern: Unternehmerperspektiven
- 03 Industrielle Standortqualität Bayerns
im internationalen Vergleich
- 04 Strategie für einen nachhaltigen Bürokratieabbau

Weblink

www.vbw-agenda.de



02

Infrastruktur

Infrastruktur ist das Rückgrat unserer vernetzten und arbeits-
teiligen Wirtschaft. Sie zu erhalten und auszubauen,
muss Ziel von Politik und Verwaltung auf allen Ebenen sein.

Verkehr

02.1

Bedarfsgerechte und attraktive Verkehrswege sind entscheidende Standortfaktoren. Straßen und Schienenwege sind überaltert und oft in schlechtem Zustand, Ausbau findet kaum statt. Unsere Verkehrsinfrastruktur ist chronisch unterfinanziert. Bis 2030 müssen insgesamt rund 300 Mrd. Euro investiert werden. Wichtige Vorhaben werden nicht oder nur mit großen Verzögerungen umgesetzt. Das kann zu weiteren Kostensteigerungen führen. Betroffen sind Personen- und Güterverkehr auf Straße und Schiene, zu Wasser und in der Luft.

Bei dem prognostizierten rasanten Wachstum des Verkehrsaufkommens können wir es uns nicht länger leisten, von der Substanz zu zehren. Vordringlicher Bedarf muss mit zügiger Umsetzung gleichgesetzt werden. Die Aufstockung der Mittel in der laufenden Legislaturperiode ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muss mit angemessenen Planungsvorläufen, einer sachgerechten Priorisierung und einer konsequenten Umsetzung weitergegangen werden.

Verkehrsbezogene Kommunikations-, Leit- und Informationssysteme müssen verstärkt eingesetzt werden, um die Infrastruktur intelligent zu nutzen. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, neue Technologien wie das autonome Fahren bei uns zu erproben und in Wertschöpfung am Standort umzusetzen.

Positionen

Thema Verkehr



- 01 Moderne Verkehrsinfrastruktur
- 02 Zukunft automatisiertes Fahren: rechtliche Hürden beseitigen
- 03 Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Weblink

www.vbw-agenda.de/infrastruktur/verkehr



2020 muss die Verkehrsinfrastruktur komplett instandgesetzt und deutlich ausgebaut sein.

Im Einzelnen erfordert das

-  Die schrittweise Anhebung der Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur auf 14 Mrd. Euro und die Verstärkung des Mittelzuflusses sowohl für den Bestand als auch für Neu- und Ausbau.
-  Zusätzliche Mittel aus einer Pkw-Maut, zweckgebunden für den Straßenbau.
-  Mehr öffentlich-private Partnerschaften als zusätzlichen Finanzierungsweg für Verkehrsprojekte.
-  Angemessene Fortschreibung der Finanzierungsinstrumente auf Landes- und Bundesebene für den Bau und Ausbau kommunaler Vorhaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV).



Energie

02.2

Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen bestimmt Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Mit der EEG-Novelle 2014 wird der Ausbau der erneuerbaren Energien planbarer und der Strompreisanstieg verlangsamt. Die Umsetzung der zu Recht geplanten Ausschreibungen durch die EEG-Novelle 2016 muss regional und nach Energieträgern ausbalanciert erfolgen. Gleichwohl bleiben die Belastungen – insbesondere für die nicht unter die Besondere Ausgleichsregelung fallende Industrie – im internationalen Vergleich sehr hoch. Die Beschlüsse der Bundesregierung werden zu weiteren Kostensteigerungen führen.

Inzwischen liegen wesentliche Elemente eines Gesamtkonzepts vor. Das Konzept ist aber unvollständig, weil weder eine Strompreisbremse noch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung vorgesehen sind. Die umfassende und schnelle Umsetzung der Energiewende duldet keinen Aufschub und muss im Konsens mit der Wirtschaft geschehen.

Positionen Thema Energie



- 01 Viertes Monitoring der Energiewende
- 02 Das neue Energiewirtschaftliche Gesamtkonzept
- 03 Bayerns zukünftiger Energiebedarf nach Regionen



Weblink

www.vbw-agenda.de/infrastruktur/energie



2020 muss die Energieversorgung für Bayerns Wirtschaft sicher, bezahlbar und umweltverträglich sein.

Im Einzelnen erfordert das

-  Ein schlüssiges und vollständiges Gesamtkonzept, das die Erzeugungsarten untereinander sowie Erzeugung, Transport, Energieeffizienz und Speicherung intelligent verknüpft.
-  Die grundlegende Neuausrichtung des Fördersystems für erneuerbare Energien: hin zu mehr Effizienz, Technologieneutralität und Marktwirtschaft.
-  Einen Stopp des Strompreisanstiegs und mittelfristig das Senken der Strompreise auf das Niveau vergleichbarer Industriestaaten. Bis dies erreicht ist, müssen die geltenden Entlastungsregelungen beim Strompreis fortbestehen.
-  Einen zügigen und bedarfsgerechten Netzausbau auf allen Spannungsebenen.
-  Die Steigerung der Energieeffizienz, vor allem im Gebäudebereich, durch wirksame steuerliche Anreize.
-  Eine international ausgerichtete und EU-weit abgestimmte Energie- und Klimapolitik mit wirksamen Anreizen im Hinblick auf die Ziele der Energiewende, insbesondere im Bereich des Zertifikatehandels.

Kommunikationsinfrastruktur

02.3

Der schnelle Zugang zu Daten und Wissen sowie die Einbindung in weltweite Kommunikationsnetze sind zwingende Voraussetzungen für weiteres Wachstum. Schon heute trägt die Digitalisierung rund 0,6 Prozentpunkte zum Anstieg der Bruttowertschöpfung bei. Große Potenziale sind noch zu heben. Die Digitalisierung durchdringt alle industriellen Wertschöpfungsketten und beschleunigt das Zusammenwachsen mit innovativen Dienstleistungen zu Systemlösungen.

Daneben bildet sie die Basis für das intelligente Stromnetz, das Management der Verkehrsinfrastruktur und den zeitgemäßen Ausbau der Verwaltung.

Um die Potenziale der Digitalisierung nutzbar zu machen, müssen bis 2020 flächendeckend Kommunikationsverbindungen mit 100 MBit/s oder mehr zur Verfügung stehen. Das Breitbandnetz muss stabile Verbindungen ohne Verzögerungszeiten gewährleisten.

Wirtschaft, Bürger und Verwaltung müssen ihre Daten sicher austauschen können. Vor allem kritische Infrastrukturen müssen vor kriminellen Angriffen zuverlässig geschützt werden.

Neben der Breitbandinfrastruktur muss auch das Mobilfunknetz modernsten Anforderungen entsprechen.

Positionen

Thema Kommunikationsinfrastruktur



- 01 Digitalisierung als Rahmenbedingung für Wachstum
- 02 Anforderung der Unternehmen an digitale Infrastruktur
- 03 Industrie 4.0: Wachstumspotenziale und Konsequenzen für Produktion, Produkte und Prozesse
- 04 Dienstleistungspotenziale im Rahmen von Industrie 4.0
- 05 Wachstum digital – digitale Unternehmen
- 06 Leitfaden Breitbandausbau

Weblink

www.vbw-agenda.de/infrastruktur/kommunikation



2020 muss ein sicheres Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetz bedarfsgerecht in allen Teilen Bayerns zur Verfügung stehen.

Im Einzelnen erfordert das

-  Den schnellen Breitbandausbau mit einer technologieneutralen „Zwischenlösung“ unter Optimierung bestehender Infrastrukturen voranzutreiben und die Glasfaserinfrastruktur unter marktnahen Bedingungen näher an die Unternehmen heranzubringen.
-  Für mehr private Investitionen eine wachstums- und investitionsorientierte Rechts- und Planungssicherheit auf nationaler bzw. EU-Ebene und eine bedarfsgerechte Förderung.
-  Ein hohes Sicherheitsniveau im Datennetz, um Cyber-Kriminalität abzuwehren. Die Kompetenzen für IT-Sicherheit sind zu bündeln und auszubauen.
-  Flächendeckend stabile und leistungsfähige Mobilfunknetze, sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum.



03

Arbeit und Soziale Sicherheit

Die Kosten der Arbeit in Deutschland sind mit die höchsten weltweit. Im Jahr 2014 summierten sich die Arbeitskosten in der westdeutschen Industrie im Durchschnitt auf 40 Euro pro Arbeitnehmer und Stunde.

Zum Vergleich: In Österreich lagen sie bei gut 35 Euro, in Italien bei fast 28 Euro, in Tschechien bei knapp zehn Euro und in Bulgarien bei drei Euro. Und die Schere bleibt offen.

Nur über ständige Innovationen, Flexibilität und beständig hohe Qualität können wir im internationalen Wettbewerb der Standorte mithalten.

Arbeit und Soziale Sicherheit

Für ein gutes und selbstbestimmtes Leben

Die Agenda 2010 hat zu positiven Beschäftigungseffekten geführt und Deutschland geholfen, stark durch die weltweite Wirtschaftskrise zu kommen. Die Agenda 2010 und die mit ihr bewirkte Flexibilität brachten mehr Menschen in Arbeit. Das war umso wichtiger, als Arbeitslosigkeit das größte Armutsrisiko ist. Auch Langzeitarbeitslose und Problemgruppen wie ältere Arbeitssuchende haben in erheblichem Maße profitiert. Auf dieser Basis können wir bis zum Jahr 2020 in Deutschland Vollbeschäftigung erreichen – wenn es zugleich gelingt, die Integration von Flüchtlingen und Migranten aus EU-Beitrittsländern in den Arbeitsmarkt zu bewältigen.

Der demografische Wandel beeinflusst die sozialen Sicherungssysteme und die Verfügbarkeit von Fachkräften und damit das Wohlstandsniveau unserer Gesellschaft. Um diese Herausforderung zu bewältigen, brauchen wir zukunftsfeste, leistungsfähige und bezahlbare Sozialversicherungssysteme. Daneben müssen alle Potenziale ausgeschöpft werden, um genügend Fachkräfte für alle Branchen zu sichern.

Die Lohngestaltung ist Sache der Parteien des Arbeits- und Tarifvertrags. Flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne sind eine Belastung für unseren Arbeitsmarkt.

Sie verdrängen Arbeitsplätze ins Ausland und schmälern Beschäftigungschancen, reduzieren das Angebot an Praktika und verschärfen die Bürokratielast für die Wirtschaft. Auch weitere aktuelle Vorhaben drohen massive bürokratische Zusatzlasten zu erzeugen, wie etwa die vorgesehenen Regelungen zu Entgeltgleichheit und Mutterschutz.

Positiv ist, dass die Tarifeinheit inzwischen gesetzlich geregelt ist. Die zunehmende Anzahl an Streiktagen in Deutschland zeigt, dass das Thema Arbeitskampf weiter auf der Agenda bleiben muss.

2020 haben wir einen flexiblen Arbeitsmarkt und eine Soziale Sicherung, die auf Eigenverantwortung statt Umverteilung setzt.

Im Einzelnen erfordert das

-  Ein flexibles Arbeitsrecht ohne zusätzliche Regulierung oder Beschränkung von Werkverträgen, Zeitarbeit oder Befristungen von Arbeitsverhältnissen.
-  Die richtigen Rahmenbedingungen für eine globalisierte und digitalisierte Arbeitswelt.
-  Eine ausgewogene Lohnfindung zwischen den Arbeitsvertrags- oder Tarifvertragsparteien ohne staatliche Eingriffe.
-  Den Verzicht auf unnötige bürokratische Belastungen bei allen Gesetzgebungsvorhaben und den Abbau bestehender Lasten.
-  Eine angemessene Regelung des Arbeitskampfrechts.
-  Einen Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung von dauerhaft unter 40 Prozent.
-  Auf die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen über das Sozialversicherungssystem konsequent zu verzichten.
-  Mehr Eigenverantwortung in allen sozialen Sicherungssystemen.
-  Das Festhalten am Grundsatz „fordern und fördern“ in der Arbeitslosenversicherung.
-  Intensivere Anstrengungen zur Fachkräftesicherung auf allen Ebenen: längere Lebensarbeitszeit, höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, gezielte Zuwanderung, Bildung und Qualifizierung.
-  Die Integration von Flüchtlingen mit konkreter Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt.



Positionen

Thema Arbeit und Soziale Sicherung



- 01 Moderne Arbeitswelt – Modernes Arbeitsrecht
- 02 Jobmotor Zeitarbeit nicht abwürgen
- 03 Wir für Bayern – Aktionsprogramm Fachkräftesicherung
- 04 Leitlinien für ein Gesundheitssystem mit Zukunft
- 05 Altersvorsorge – für eine verlässliche und bezahlbare Rentenpolitik
- 06 Betriebliche Altersversorgung: Ausbau durch attraktivere Rahmenbedingungen
- 07 Pflege nachhaltig gestalten
- 08 Die Bürgerversicherung – Mythos und Wahrheit
- 09 Deutschland im internationalen Arbeitskostenwettbewerb
- 10 Arbeitslandschaft 2040
- 11 Arbeit im Alter
- 12 Arbeitslosenversicherung
- 13 Niedriglohnbereich – Einstieg in Aufstieg
- 14 „make or buy“ – Werkverträge stärken Arbeitsmarkt und Wohlstand
- 15 Entgeltgleichheit ja – aber ohne Auskunftszwang
- 16 Mensch in der digitalen Arbeitswelt
- 17 Lohnzusatzkosten – Die Bedeutung des Wettbewerbs zwischen GKV und PKV

Weblink

www.vbw-agenda.de/arbeit-und-soziale-sicherung





Das deutsche Steuerrecht ist kompliziert und verwaltungsaufwendig. Die hohe Steuerlast führt zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für die heimische Wirtschaft im internationalen Vergleich.

Steuern

Einfach, leistungsgerecht, wettbewerbsfähig

Die Leistungsträger in unserem Land tragen weit überproportional zu den Staatseinnahmen bei. Zusätzliche Belastungen sind nicht mehr hinnehmbar. Sie würden den Wirtschaftsstandort schwächen und zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand führen. Die Besteuerung muss so ausgestaltet sein, dass sich Leistung auszahlt und das Investitionsklima für Unternehmen in Deutschland verbessert wird.

Der Staat muss mit den heutigen Einnahmen auskommen und durch intelligente Umschichtungen bei den Ausgaben die moderate Absenkung der Steuern in einigen wichtigen Bereichen ermöglichen.

Positionen Thema Steuern



- 01 Anforderungen an ein wettbewerbsgerechtes Steuersystem
- 02 Erbschaftsteuer: Zehn Anliegen zum Regierungsentwurf
- 03 Für den Standort: Finanzausgleich reformieren, Steuern regionalisieren
- 04 Gewerbesteuer: Irrweg Hinzurechnung
- 05 vbw / BDI / Deloitte Schriftenreihe zur Reform der Erbschaftsteuer

Weblink

www.vbw-agenda.de/steuern



2020 muss das Steuersystem in Deutschland einfacher, leistungsgerechter und international wettbewerbsfähig sein.

Im Einzelnen erfordert das

- Den Verzicht auf neue Steuern.
- Den Verzicht auf die Erhöhung bestehender Steuern.
- Die Absenkung von Energiesteuern.
- Die Korrektur niedrigzinsbedingter Belastungen der betrieblichen Altersvorsorge und die regelmäßige Korrektur der kalten Progression.
- Steuern so auszugestalten, dass unsere gewachsene Wirtschaftsstruktur – vom Mittelstand bis zu den größten Familienunternehmen – erhalten bleibt.
- Den Verzicht auf Doppelbesteuerung im internationalen Bereich und auf eine europäische Finanztransaktionssteuer.
- Eine wettbewerbsgerechte Steuerharmonisierung im EU-Binnenmarkt, vor allem der Mehrwertsteuer.

05

Bildung

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Nur mit gut ausgebildeten Schul- und Hochschulabgängern und qualifizierten Absolventen einer dualen oder schulischen Berufsausbildung können die Unternehmen ihren Fachkräftebedarf langfristig sichern.

Bildung

Für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg

Bei der Bildung steht Bayern gut da. Wir müssen aber noch besser werden. Das zeigen die Abbruchquoten: Sie sind auf allen Ebenen des Bildungssystems zu hoch, vor allem im wichtigen MINT-Bereich.

Über vier Prozent der Schulabgänger in Bayern haben keinen Abschluss. Branchenübergreifend brechen rund 22 Prozent ihre duale Berufsausbildung ab, bei rund der Hälfte handelt es sich dabei um endgültige Abbrüche. An den Hochschulen brechen 28 Prozent ihr Studium ab. In den Ingenieurwissenschaften sind es sogar 36 Prozent.

Von der Vorschule über die Schule und die berufliche Bildung bis zur Weiterbildung müssen wir unser Bildungssystem fortentwickeln, die Bildungsqualität ausbauen und die Bildungsbeteiligung erhöhen. Jeder muss optimal gefördert und gefördert werden, kein Talent darf verloren gehen.

Positionen

Thema Bildung



- 01 Vorschule und Schule
- 02 Berufsorientierung
- 03 Berufliche Bildung
- 04 Hochschulen
- 05 Betriebliche Weiterbildung

Weblink

www.vbw-agenda.de/bildung



2020 müssen die Abbruchquoten in unserem Bildungssystem halbiert sein: bei Schulabgängern ohne Abschluss ebenso wie bei Abbrechern in der dualen Ausbildung und an Hochschulen.

Im Einzelnen erfordert das

-  Mehr Bildungsqualität, mehr Bildungsbeteiligung, mehr Partizipationsgerechtigkeit.
-  Bildung muss in allen Phasen digitale Kompetenzen vermitteln.
-  Verstärkte Investitionen in Infrastruktur und Personalentwicklung, vom Kindergarten über Schulen und Berufsschulen bis zu den Hochschulen.
-  Initiativen, die auf allen Ebenen ansetzen: Stärkung der dualen Ausbildung, Förderung von Schwachen wie von Starken und Unterstützung des lebenslangen Lernens in allen Bereichen.
-  Eine talent- und arbeitsmarktorientierte Berufsorientierung.



06

Innovationen

Im rohstoffarmen Bayern setzen Unternehmer seit jeher auf den Rohstoff Geist. Heute zählt Bayern zur Spitzengruppe der F+E Standorte weltweit.

Innovationen

Für den Erfolg von morgen

Forschung und Entwicklung sind maßgebliche Treiber unseres Wohlstands – gerade vor dem Hintergrund der im internationalen Vergleich hohen Kosten, etwa für Arbeit und Energie.

Damit das bei uns vorhandene Innovationspotenzial echte Breitenwirkung entfaltet, müssen der Zugang kleinerer und mittlerer Unternehmen zu F+E verbessert und der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erleichtert werden. Neben einem marktorientierten Ausbau der Forschungseinrichtungen ist auch sicherzustellen, dass deren Wissen und deren Ergebnisse in allen Regionen verfügbar gemacht werden.

Die Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft zeigen auf, welche konkreten Einzelmaßnahmen umgesetzt werden müssen, damit wir unsere Potenziale optimal in Wertschöpfung am Standort umsetzen und auch künftig zu den führenden Technologie- und Wirtschaftsregionen zählen.

Positionen

Thema Innovationen



- 01 Forschung und Innovation – Zukunft durch Fortschritt
- 02 Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft: Analyse und Handlungsempfehlungen
- 03 Was Bayern morgen braucht – Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft

Weblink

www.vbw-agenda.de/innovationen



2020 nehmen wir einen internationalen Spitzenplatz auf allen Zukunftsfeldern ein.

Im Einzelnen erfordert das

- Höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung und mehr Investitionen in die Qualität der Hochschulen.
- Grenzen zwischen Branchen und Technologien überwinden, neue Kooperationsformen wagen: zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, vor allem auch für kleine und mittlere Unternehmen, innerhalb der Wirtschaft und innerhalb der Wissenschaft.
- Digitalisierung als zentrale Treiberin begreifen, Potenziale heben.
- Ein neues Gründerklima schaffen, den unternehmerischen Geist zur Grundstimmung in der Gesellschaft machen.
- Unternehmerisches Wachstum und Wertschöpfung fördern, Technologiepolitik zukunftsgerichtet neu aufstellen – unter anderem mit einer technologieneutralen Förderphilosophie, der Förderung bis zur Markteinführung und einer gezielten Unterstützung von Verbundprojekten.
- Die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, wie es sie in der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten und in mehr als zwei Dritteln der OECD-Staaten bereits gibt.



07

Flüchtlings-
integration

Mit der Flüchtlingskrise haben die Herausforderungen für unseren Standort eine neue Dimension erhalten. Sie muss gelöst werden, ohne die Anstrengungen auf den übrigen Handlungsfeldern zu verringern. Nur so erhalten und sichern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Flüchtlingsintegration

Neue Herausforderung meistern

Deutschland und Bayern können ihre Wettbewerbsfähigkeit nur dann sichern, wenn über die genannten Maßnahmen in den fünf Kernbereichen hinaus auch die Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingskrise gemeistert werden.

Zum einen gilt es, den Zuzug auf ein für unser Land verkräftbares Maß zu beschränken. Die Gesellschaft braucht klare Orientierung von der Politik und eine Lösung, die auf europäischer Solidarität beruht. Dazu zählen neben einer gerechten Verteilung auf die Mitgliedsstaaten auch gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen.

Zum anderen müssen wir diejenigen, die voraussichtlich bei uns bleiben werden, schnellstmöglich integrieren. Das gilt für unser Bildungssystem ebenso wie für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft im Ganzen. Die Integrationsbemühungen müssen sich dabei konsequent auf Menschen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit fokussieren.

Positionen

Thema Flüchtlingsintegration



01 Asylrecht und Beschäftigung von geflüchteten Menschen



Weblink

www.vbw-agenda.de/fluechtlingsintegration

2020 ist die Flüchtlingskrise bewältigt.

Im Einzelnen erfordert das

-  Wirksame Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs, unter anderem durch sachgerechte Ausweitung des Kreises sicherer Herkunftsstaaten sowie tragfähige europäische Lösungen für die Verteilung von Flüchtlingen, finanziellen Lasten und die Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht.
-  Die sofortige Sprachförderung für jeden Flüchtling.
-  Schul- und Berufsschulplätze für alle Kinder und Jugendlichen.
-  Eine flächendeckende Feststellung berufsbezogener Kompetenzen.
-  Die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen, die eine Integration in Ausbildung und Arbeit behindern – insbesondere einen sofortigen Zugang in die Zeitarbeit und zu den ausbildungsbegleitenden Hilfen.
-  Die Vermittlung kultureller Kompetenzen.
-  Eine flächendeckende Bereitstellung angemessenen Wohnraums, dazu erforderlichenfalls auch Anpassungen des Baurechts und die Beschleunigung der entsprechenden Verfahren.
-  Die Herausforderungen nicht zulasten der hier bereits lebenden Menschen und der Wirtschaft zu meistern.

Ansprechpartner

Christine Völzow
Büroleiterin des Präsidenten und Haupt-
geschäftsführers

Telefon 089-551 78-104
Telefax 089-551 78-106
christine.voelzow@vbw-bayern.de

Alle Angaben in dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Impressum

Herausgeber

Gestaltung und Realisierung

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

gr_consult gmbh
vbw@gr-consult.net

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

Druck

www.vbw-bayern.de

Druck & Medien Schreiber
Oberhaching

© vbw 03/2016

Klimaneutrales Druckprodukt

CO₂ Id.-Nr. 1654017
neutral www.bvdm-online.de

Die Treibhausemissionen für dieses Druckprodukt wurden kompensiert. Mit der Id.-Nr. erfahren Sie auf der Website des Bundesverbands Druck und Medien, welches Projekt damit unterstützt wurde.

Stark für Bayern

Die vbw stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen und engagiert sich für ein zukunftsfähiges und lebenswertes Bayern. Deshalb sind wir in allen bayerischen Regionen aktiv und vertreten die Interessen unserer Mitglieder in Bayern, Deutschland, Europa und weltweit. Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft.

Weitere Informationen

www.vbw-bayern.de



Folgen Sie uns auch auf:



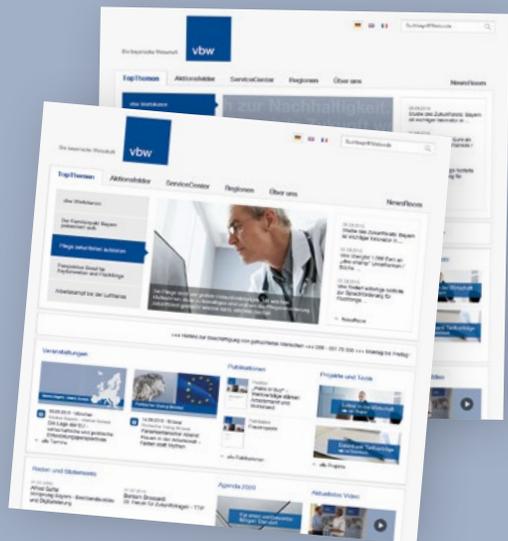
Facebook



Twitter



Instagram



vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

Telefon 089-551 78-100
Telefax 089-551 78-111
info@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de